

Die Anfragen im Hauptauschuß.

Unser Vorgehen in Finnland und der Ukraine.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute unter starker Anteilnahme von Abgeordneten aller Parteien die Erörterung der Anfragen fort. Zu Beginn der Sitzung kam General v. Wrissberg auf eine Äußerung des fortschrittlichen Abg. Gothein vom gestrigen zurück, der die angebliche Ueberschreitung der finnisch-russischen Grenze durch die Weiße Garde zur Sprache brachte und nach dem Ziele dieser Grenzüberschreitung gefragt hatte. General v. Wrissberg teilte dazu mit, daß deutsche Truppen für den Vormarsch gegen Petersburg nicht in Betracht kommen.

Sodann nahm der sozialdemokratische Abg. Roste das Wort, der die Erklärungen des Vizelanzlers v. Paner als unbefriedigend bezeichnete. Die Uebereinstimmung zwischen Oberster Heeresleitung und politischer Leitung werde in der Regel nur dadurch herbeigeführt, daß die politische Leitung den militärischen Ansprüchen nachgebe. Diese Frage müßte im Reichstage in öffentlicher Sitzung baldmöglichst besprochen werden. Fast habe es den Anschein, als solle ausprobiert werden, was unser Volk sich alles gefallen lasse. Das gelte sowohl von der äußeren wie von der inneren Politik, die wieder den Charakter des Hochverrats annehme. Auf die Dauer werde man sich die Einmischung deutscher Truppen in Finnland nicht gefallen lassen.

Wir sind überhaupt nicht davon sicher, auch in Finnland in allerlei Abenteuer verwickelt zu werden. Es sei nur auf den Vormarsch der Weißen Garde gegen Petersburg und die Мурманbahn hingewiesen. Bismarck ist der Vormarsch deutscher Truppen in der Ukraine eigentlich geplant? Die Reichsregierung scheint ein fünftes Rad am Wagen zu sein. Die wichtigsten Entscheidungen sollen im Großen Hauptquartier. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist monatelang abwesend und im Ausschuß erscheinen als Vertreter der Regierung Herren, die an den Entscheidungen selbst nicht mitgewirkt haben. Während man Zeitungsvertreter nach den baltischen Provinzen geschickt habe, schließe man in geradezu aufreizender Weise Reichstagsabgeordnete, die sich unterrichten wollen, angeblich aus politischen Gründen hiervon aus. Anfanglich beabsichtigte man vernünftige Maßnahmen in der Ukraine, jetzt aber läßt das Militär tatsächlich die Herrschaft dort aus. Dadurch wird man das Gegenteil von dem erreichen, was man zu erreichen wünschte. Man erhält vielleicht dadurch etwas mehr Getreide, aber man sät eine Unsumme von Haß. Der militärische Oberbefehlshaber ist für die beklagten Vorgänge verantwortlich zu machen. Die Haltung der ukrainischen Bauern ist verständlich. Diese Saat des Hasses kann noch die übelsten Folgen haben. Unsere ganz verfehlte Politik in der Ukraine zwingt dieses Land zum Zusammenschluß mit Großrußland, das aber bedeutet die Gefahr eines Nachkrieges gegen Deutschland. Vielleicht ist heute noch Einhalt zu gebieten, aber die Hoffnung, daß es noch geschehen kann, haben wir nicht.

Unterstaatssekretär Edler v. Braun.

Man hat mir vorgeworfen, daß ich der ukrainischen Regierung geraten hätte, den Bauern sollte gegen die Viesierung von Getreide die Erwerbung von Land in Aussicht gestellt werden. Ich hatte in der Ukraine lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu beraten. Dazu gehörte nicht nur, die gegenwärtige Lage zu berücksichtigen, sondern auch die Lage im nächsten Erntejahr. Das hat die ukrainische Regierung durchaus anerkannt und mit uns einen Ausschuß für die Agrarfragen gebildet. Dieser Ausschuß hat länger als drei Wochen beraten. Er ist aber zu keinem Ergebnis gelangt, weil die damalige ukrainische Regierung niemals bereit war, die Unversale 3 und 4 aufzuheben. Wenn der Abgeordnete Erzberger meinte, Golubowitsch habe sich am 27. März dazu bereit erklärt, so ist das nicht entscheidend. Denn maßgebend für die ganze Politik war nicht Golubowitsch, sondern der Präsident der Rada Dr. Gruschewski. Der Vorschlag ist übrigens nicht nur von mir gemacht, sondern auch von den übrigen Vertretern der Mittelmächse unterstützt worden. Er war der einzige Weg, die Forderung der Besetzung zu sichern. Die Frage, ob wir nicht etwa die etwas verfliegenen Pläne der ukrainischen Regierung hören würden, war für uns vollkommen nebensächlich. Wir hatten nur die Interessen Deutschlands zu vertreten. Daran mußten wir uns halten und werden wir uns auch in Zukunft halten. Aus der Tatsache, daß der Hetman Skorabagki jetzt zu diesen Gedanken eingegangen ist, zu folgern, das beweise, daß wir ihn eingeleitet haben, geht doch wohl zu weit. Ich würde es mir als Verdienst anrechnen, wenn der neue Hetman auf Grund meiner Ratschläge seinen Entschluß gefaßt hätte. Ich glaube aber, daß hierfür nur die Überlegung maßgebend gewesen ist, daß es so nicht weitergeht. Wenn ich meine Ratschläge gegeben habe, habe ich neulich schon mitgeteilt. Der Hetman ist mir persönlich vollkommen unbekannt.

Ich habe nicht gesagt, daß der Bauer nur im Wege des Zwanges zur Fergabe von Getreide zu veranlassen sei. Ich habe nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die schlechten Verkehrsverhältnisse und dadurch, daß der Bauer sehr viel bares Geld hat, bestehen. Das ist aber nicht überall gleichmäßig der Fall. Das zeigt schon, daß es trotz alledem gelingt, Getreide in der Ukraine aufzukaufen. Selbst wenn wir aber durch Zwangsmassnahmen die Bauern zur Erfüllung der Vertragsbedingungen der Ukraine zwingen müßten, könnte ich darin nichts Ungewöhnliches sehen, wo wir doch in Deutschland, wenn der Landwirt und der Bauer seiner Ablieferungsspflicht nicht nachkommt, ihn vielfach sogar durch militärische Zwangsmittel dazu bringen. Wenn die neue Regierung dem Bauern die Möglichkeit gibt, das Eigentum an dem von ihm okkupierten Lande zu erwerben, so bin ich überzeugt, daß es zu derartigen Zwangsmassnahmen gar nicht kommt, sondern daß er durch freiwillige Abgaben das nötige Getreide abliefern.

Wir wollen durchaus nicht unnötigerweise mit Zwangsmassnahmen gegen die ukrainische Regierung vorgehen, sondern wir wünschen einen gegenseitigen freien Verkehr und sind durchaus bestrebt, den Leuten die Tauschwaren zu bieten, wonach sie verlangen. Das sind in erster Linie landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Kleinwaren. Wir sind schon dabei, alle derartigen Geräte, die in Deutschland entbehrt werden können, nach der Ukraine zu schaffen, ebenso auch andere Bedarfsartikel, die in einem besonderen Ausschuß in Kiew festgestellt worden sind.

Ich kann im einzelnen nicht beurteilen, ob etwa österreichische Spekulanten und Händler in der Ukraine Getreide aufkaufen und dies in Oesterreich im freien Verkehr absetzen. Jedenfalls würden aber alle Lebensmittel, die über die Grenze nach Oesterreich gehen, auf den österreichischen Anteil angerechnet.

Meine Mitteilungen über die Schwierigkeiten in der Anwendung der ukrainischen Sprache halte ich durchaus aufrecht. Daran ändert auch die mir bekannte Tatsache nichts, daß an der Universität Lemberg einige Professoren die ukrainische Sprache lehren und einige Hundert Studenten diese Vorlesungen anhören. Ich kann nur feststellen, daß man in Kiew keine ukrainischen Gesetze hat machen können, weil gewisse technische Ausdrücke in der ukrainischen Sprache noch nicht vorhanden waren. Selbst die Stadtverwaltung in Kiew ist von der Rada gemäßigelt worden, weil sie eine Eingabe in russischer Sprache gemacht hat.

Wir denken nicht daran, in der Ukraine die jüdischen Händler auszuschließen, wir können gar nicht ausschließlich durch behördliche Maßnahmen oder durch deutsche Händler das Getreide erfassen, sondern der ganze Plan für den Anlauf von Nahrungsmitteln in der Ukraine basiert auf der Heranziehung der ansässigen jüdischen Händler.